

Vorwahlanalyse zur Bürgerschaftswahl in Bremen 2023



Prof. Dr. Lothar Probst (i.R.)
Ehemaliger Leiter des
Arbeitsbereichs Wahl-, Parteien- und Partizipationsforschung
am Institut für Politikwissenschaft der Universität Bremen
und
Julian Okrongli
Student des MA-Studiengangs
Professional Public Decision Making

Sperrfrist bis Donnerstag, 13.4.2023, 18 Uhr

Bremen, April 2023

Impressum

Vorwahlenanalyse zur Bürgerschaftswahl 2023
Prof. Dr. Lothar Probst (i.R.)/Julian Okrongli
Institut für Politikwissenschaft (FB 8)
Universität Bremen

Verantwortlich:
Prof. Dr. Lothar Probst (i.R.)
Institut für Politikwissenschaft (FB 8)
Postfach 330440, 28334 Bremen

Erscheinungsdatum: 04/2023

Inhaltsverzeichnis

<u>VORBEMERKUNG</u>	<u>5</u>
<u>1. BESONDERHEITEN VON WAHLEN IN BREMEN</u>	<u>5</u>
<u>2. DAS WAHLSYSTEM</u>	<u>6</u>
<u>3. DIE WAHLBETEILIGUNG</u>	<u>7</u>
<u>4. DIE ENTWICKLUNG DES BREMER PARTEIENSYSTEMS</u>	<u>8</u>
<u>5. DIE ENTWICKLUNG DER WIRTSCHAFTLICHEN, SOZIALEN UND FINANZIELLEN RAHMENBEDINGUNGEN SEIT DER LETZTEN BÜRGERSCHAFTSWAHL</u>	<u>10</u>
<u>6. DIE POLITISCHE AUSGANGSLAGE VOR DER WAHL</u>	<u>13</u>
<u>7. KOALITIONSOPTIONEN NACH DER WAHL</u>	<u>17</u>
<u>8. WAHLKAMPFTHEMEN UND WAHLKAMPFSTRATEGIEN DER PARTEIEN</u>	<u>18</u>

Vorbemerkung

Im Wahljahr 2023 finden vier Landtagswahlen statt, unter denen die Bürgerschaftswahl im Minielektorat Bremen mit 468.000 Wahlberechtigten sicherlich am wenigsten bundespolitische Aufmerksamkeit erzielen wird und wenig Spielraum für Deutungen auf Bundesebene lässt. Da sich die Bremer Bürgerschaftswahl im Vergleich zu anderen Landtagswahlen durch einige Besonderheiten auszeichnet, werden in der nachfolgenden Vorwahlenanalyse zunächst die Grundzüge des Wahlsystems umrissen, dann wird die Entwicklung der Wahlbeteiligung und des Bremer Parteiensystems skizziert. Es folgt ein Blick auf die wirtschaftlichen, sozialen und finanziellen Rahmenbedingungen im Zwei-Städte-Staat, bevor die politische Ausgangslage und die möglichen Koalitionsoptionen vor der Wahl beschrieben werden. Abschließend geht die Analyse auf die Wahlkampfstrategien und die Spitzenkandidat*innen der einzelnen Parteien ein. Diese Vorwahlenanalyse ist nicht mit einer Prognose über den Wahlausgang zu verwechseln. Sie ist lediglich eine Beschreibung der Konstellationen im Vorfeld der Wahl und versucht, anhand einer qualitativen Analyse mögliche Ausgangsszenarien zu entwickeln.

1. Besonderheiten von Wahlen in Bremen

Wahlen im Bundesland Bremen weisen einige Besonderheiten auf:

- Es gilt das Prinzip der verbundenen Kommunal- und Landtagswahl. So entscheiden die im Wahlbereich Bremen abgegebenen Stimmen nicht nur über die Zusammensetzung der Bremischen Bürgerschaft (Landtag), sondern auch der Bremischen Stadtbürgerschaft, dem Kommunalparlament der Stadt Bremen. Dabei ist die Anzahl der Abgeordneten aus dem Wahlbereich Bremen in der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) und in der Bremischen Stadtbürgerschaft identisch (72 Abgeordnete ab 2023^{*}). Seitdem 1995 das kommunale Wahlrecht für EU-Ausländer zur Bremischen Stadtbürgerschaft eingeführt wurde, ist es möglich, dass die im Wahlbereich Bremen gewählten Abgeordneten für die Bremische Bürgerschaft (Landtag) nicht zu hundert Prozent identisch mit den gewählten Abgeordneten der Bremischen Stadtbürgerschaft sind. Wenn eine Partei von dem kommunalen Wahlrecht für EU-Ausländer überproportional profitiert, stehen ihr unter Umständen mehr Sitze in der Stadtbürgerschaft als im Landtag zu.
- Auch in Bremerhaven sind die Kommunal- und Landtagswahl in der Regel aneinander gekoppelt, wenngleich es sich dabei um zwei unterschiedliche, eigene Wahlgänge handelt. Zwischen 1947 und 1991 wurde das Bremerhavener Kommunalparlament, die Stadtverordnetenversammlung, zeitgleich mit der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) gewählt. Aufgrund einer vorgezogenen Neuwahl der Bremischen Bürgerschaft im Jahr 1995 fielen die folgenden Wahltermine zur Bürgerschaftswahl und zur Stadtverordnetenversammlung in Bremerhaven aber auseinander. Erst seit der Bürgerschaftswahl 2007 werden die Bremische Bürgerschaft und die Bremerhavener Stadtverordneten-

^{*} Da sich die Bevölkerungsentwicklung in Bremen und Bremerhaven im Laufe einer Legislaturperiode oft verändert, muss auch die Zahl der Abgeordneten aus Bremerhaven und Bremen jeweils neu justiert werden. Da die wahlberechtigte Bevölkerung in Bremen wächst und in Bremerhaven schrumpft (in Bremerhaven würden also deutlich weniger Stimmen für die Erzielung eines Mandats reichen und damit wäre die Erfolgswertgleichheit der Stimmen nicht mehr gewährleistet), hat die Bürgerschaft (trotz öffentlicher Kritik) beschlossen, die Anzahl der Abgeordneten aus Bremen von 69 auf 72 zu erhöhen, weil man sonst die Anzahl der Bremerhavener Abgeordneten hätte reduzieren müssen.

versammlung wieder am selben Tag gewählt. Aus Bremerhaven werden 15 Abgeordnete in die Bürgerschaft (Landtag) gewählt.

- Aufgrund seiner Konstituierung als Zwei-Städte-Staat gibt es im kleinsten Bundesland die zwei voneinander unabhängigen Wahlbereiche Bremen und Bremerhaven, in denen jeweils getrennt die Fünfprozenthürde für den Einzug von Parteien bzw. Wählervereinigungen in das Landesparlament gilt. Diese Besonderheit des Wahlrechts kann sich entscheidend auf das Wahlergebnis und die Sitzverteilung in der Bürgerschaft auswirken. Aufgrund der voneinander getrennten Wahlbereiche bei der Bürgerschaftswahl (Landtag) haben kleine Parteien und Wählervereinigungen in Bremerhaven bei einer geringen Wahlbeteiligung sehr gute Chancen, die Fünfprozenthürde zu überspringen und zumindest einen Sitz im Landesparlament zu erobern. Davon hat seit 2007 die Wählervereinigung Bürger in Wut profitieren können. Bei der davon getrennt stattfindenden Wahl zur Bremerhavener Stadtverordnetenversammlung als reine Kommunalwahl gibt es keine Fünfprozentsperrklausel.

2. Das Wahlsystem

Seit der Bürgerschaftswahl 2011 wird in Bremen – aufgrund eines Volksbegehrens – nach einem neuen Wahlsystem gewählt. Es handelt sich dabei um ein Verhältniswahlsystem mit Fünfprozentsperrklausel. Den Wahlberechtigten stehen insgesamt fünf Stimmen zur Verfügung: Diese können beliebig auf die verschiedenen Listen oder Bewerber*innen verteilt (panaschieren) oder in der Gesamtheit auf einzelne Bewerber*innen oder Listen angehäuft (kumulieren) werden (die Wähler*innen können zum Beispiel alle fünf Stimmen für eine Parteiliste abgeben oder die Stimmen auf mehrere Parteien bzw. Kandidat*innen verteilen). Dadurch entstehen Listen- und Personenstimmenmandate. Bei der Sitzverteilung wird durch ein Zusammenzählen der für eine Partei abgegebenen Listen- und Personenstimmen zunächst für jeden der beiden Wahlbereiche ermittelt, welche Parteien und Wählervereinigungen die 5 Prozent Hürde übersprungen haben. In der weiteren Unterverteilung werden die abgegebenen Listen- und Personenstimmen zueinander ins Verhältnis gesetzt, um zu ermitteln, wie viele Mandate nach den Listenstimmen und wie viele nach den Personenstimmen vergeben werden. Im nächsten Schritt werden seit 2019 die Personenstimmenmandate nach der entsprechenden Höchstzahl vergeben, danach die Listenstimmenmandate nach der Reihenfolge auf der Liste, soweit die Kandidat*innen nicht schon ein Personenstimmenmandat erhalten haben.

Es ist das erklärte Ziel dieses Mehrstimmenwahlsystems, den Wähler*innen mehr Einfluss auf die Auswahl der Abgeordneten einzuräumen. Dadurch, dass die Stimmen z.B. auf Kandidat*innen kumuliert werden können, die von den Parteien auf weniger aussichtsreichen Listenplätzen nominiert wurden, kann sich die Listenreihenfolge bei der Mandatsvergabe ändern. Dass dieser Effekt tatsächlich eintritt, haben die Bürgerschaftswahlen seit 2011 eindrücklich bewiesen. Bei allen Parteien kam es zu Verschiebungen auf den jeweiligen Listen, und es wurden Kandidat*innen in die Bürgerschaft gewählt, die nach dem alten Wahlrecht keine Chance auf ein Mandat gehabt hätten. Besonders ausgeprägt war der Effekt bei der SPD, bei der 2019 die Hälfte aller Mandate über die Personenstimmen vergeben wurde und sich mehrere Kandidat*innen von hinteren Listenplätzen nach vorne schieben konnten.

Die Erfahrungen mit dem neuen Wahlsystem bei den Bürgerschaftswahlen 2011 und 2015 hatten einige Schwächen offengelegt, sodass der Sitzzuteilungsmodus im Jahr 2019 durch die Bürgerschaft verändert wurde. So vermittelte das alte System den Wähler*innen den (falschen) Eindruck, dass sie mit ihren fünf Stimmen die Kandidat*innen gewissermaßen direkt in die Bürgerschaft wählen können und dass die Personen mit der höchsten Personenstimmenzahl die Personenstimmenmandate erhielten. Tatsächlich aber verdankten die meisten Kandidat*innen, die ein Personenstimmenmandat erhalten haben, dieses in erster Linie gar nicht den für sie persönlich abgegebenen Stimmen, sondern den Personenstimmen, die für

- den/die jeweilige*n Spitzenkandidaten/-kandidatin,
- für alle erfolgreichen Listenkandidat*innen auf einer Liste,
- für alle nicht erfolgreichen Kandidat*innen auf einer Liste

abgegeben wurden. Dieser Fremdverwertungseffekt von Personenstimmen führte dazu, dass Kandidat*innen mit relativ wenigen Personenstimmen über ein Personenstimmenmandat in die Bürgerschaft einziehen konnten. Im Extremfall konnten die für einen bestimmten Kandidaten bzw. eine Kandidatin abgegebene Personenstimmen sogar dazu führen, dass er/sie ein sonst sicheres Listenmandat verfehlte (vgl. auch die Studie zu den Effekten des neuen Wahlsystems von Lothar Probst und Valentin Schröder: Das Bremer Wahlsystem: Paradox, Intransparent und möglicherweise verfassungswidrig. Eine Analyse aus wissenschaftlicher Sicht, Bremen 2015, download [hier](#))

3. Die Wahlbeteiligung

Die historisch schlechteste Wahlbeteiligung bei einer Bürgerschaftswahl in Bremen (und in einem westdeutschen Bundesland) von nur noch 50,2 Prozent (40,5 Prozent im Wahlbereich Bremerhaven) löste 2015 in der politischen Öffentlichkeit eine Diskussion über die Ursachen der sinkenden Wahlbeteiligung aus. Die Gründe für den langjährigen Rückgang der Wahlbeteiligung seit 1987 sind vielfältig und nicht kausal auf das neue Wahlrecht zurückzuführen. Unbestritten ist, dass die Wahlbeteiligung bei allen Wahlen in den letzten Jahrzehnten in sogenannten statusniedrigen Stadtteilen (also Stadtteilen mit hoher Arbeitslosigkeit und einer hohen Anzahl von Transfergeldempfänger*innen) extrem niedrig ausfiel. Die Unterschiede zwischen Bremer Stadtteilen sind enorm: Im statusniedrigen Stadtteil Tenever lag sie bei der Bürgerschaftswahl 2015 nur bei 31,8 Prozent, im statushohen Stadtteil Schwachhausen bei 72,3 Prozent – also fast doppelt so hoch. Auch bei der Wahl 2019 lagen die Wahlbeteiligungsraten in diesen Stadtteilen weiter auseinander. Allerdings lässt sich die Wahlbeteiligung nicht nur an Indikatoren wie Einkommen, Bezug von Transfereinkommen oder Leben in einem bestimmten Wohnquartier festmachen. Bildung als Einflussgröße spielt ebenfalls eine entscheidende Rolle. Wähler*innen mit Hochschulabschluss gehen weit überdurchschnittlich wählen, Wähler*innen mit formal niedriger Schulbildung weit unterdurchschnittlich. Auch das Alter spielt als Einflussgröße eine wichtige Rolle. Die aufgrund der demografischen Entwicklung kleiner werdende Gruppe der Jungwähler*innen beteiligt sich viel seltener an Wahlen als die wachsende Gruppe der Wähler*innen im Alter von über 60 Jahren. So lag die Wahlbeteiligung der 16- bis 17-jährigen Wähler*innen im Jahr 2015 6,3 Prozentpunkte unter der Wahlbeteiligung aller Wähler*innen und sogar 13,6 Prozentpunkte unter der der 60- bis 70-jährigen Wähler*innen. Für die Wahlbeteiligung spielen auch der Parteienwettbewerb und die Konstellationen vor einer Wahl eine zentrale Rolle. Während die Umfragen vor der Bürgerschaftswahl 2015 eine klare

Mehrheit für SPD und Grüne signalisierten und die CDU als stärkste, aber traditionell schwache Oppositionspartei in Bremen weit davon entfernt war, eine Wechselstimmung zu erzeugen, änderte sich diese Ausgangslage vor der Bürgerschaftswahl 2019 fundamental. Zum ersten Mal rückte 2019 vor der Wahl ein Sieg der CDU in greifbare Nähe. Außerdem war unsicher, zu welcher Regierungskoalition es kommen würde: Ein Linksbündnis aus SPD, Grünen und Linke oder eine Jamaika-Koalition. Beide Faktoren hatten – neben einer allgemeinen Politisierung durch das Auftreten der AfD und anderer rechter Kräfte – eine mobilisierende Wirkung, sodass auch in Bremen – wie schon bei anderen Landtagswahlen zuvor – die Wahlbeteiligung sprunghaft nach oben schoss und um 14 Prozentpunkte auf 64,3 Prozent anstieg. Allerdings scheint der Boom bei dem Anstieg der Wahlbeteiligung in den Bundesländern schon wieder vorbei zu sein. Bei Landtagswahlen in den letzten zwei Jahren ging die Wahlbeteiligung wieder zurück (siehe Tab. 1) – zum Teil sogar deutlich (NRW und Berlin).

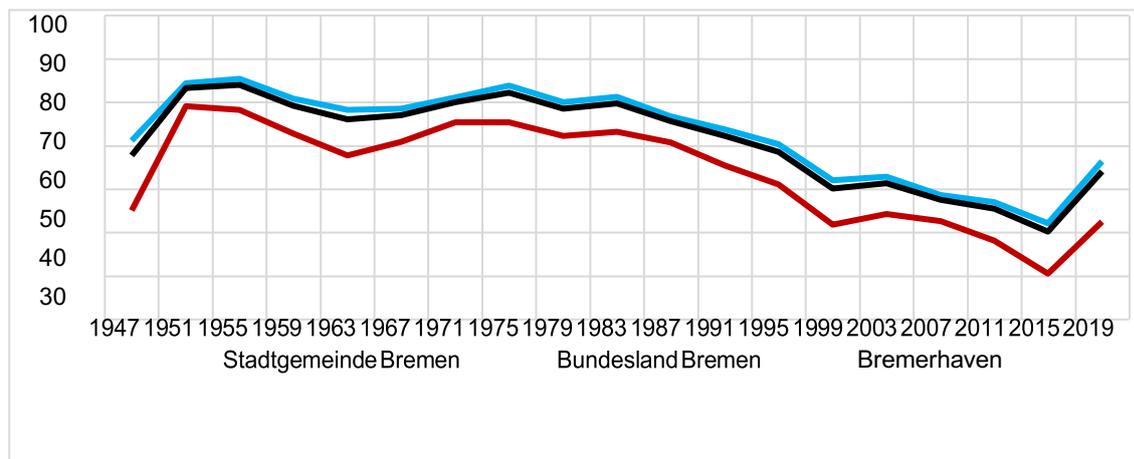
Tab. 1: Wahlbeteiligung bei den Landtagswahlen 2022/2023

Bundesland	Wahlbeteiligung 2022/23	Wahlbeteiligung 2017	Differenz
Saarland	61,4	69,7	-8,3
Schleswig-Holstein	60,3	64,2	-3,9
Nordrhein-Westfalen	55,5	65,2	-9,7
Niedersachsen	60,3	63,1	-2,8
Berlin	63,0	75,4	-12,4

Eigene Tabelle nach Angaben der Landeswahlleiter des jeweiligen Bundeslandes

Wir rechnen auch bei der Bremer Bürgerschaftswahl mit einem Rückgang der Wahlbeteiligung. Allerdings scheint es nach den Zahlen der letzten Wahlumfrage bei der bevorstehenden Bürgerschaftswahl erneut zu einem Kopf-an-Kopf Rennen zwischen SPD und CDU zu kommen, sodass dies einen mobilisierenden Effekt auf die Wahlbeteiligung haben könnte und der Rückgang nicht so stark ausfällt wie in einigen anderen Bundesländern.

Abb. 1: Wahlbeteiligung bei Bürgerschaftswahlen in Bremen seit 1947 (in Prozent)



Quelle: Eigene Darstellung nach Angaben des Statistischen Landesamtes Bremen

4. Die Entwicklung des Bremer Parteiensystems

Das Bremer Parteiensystem zeichnet sich seit Längerem durch eine äußerst volatile Entwicklung aus. Während zwischen 1999 und 2003 nur SPD, CDU und Grüne in Fraktionsstärke im Parlament vertreten waren, kam es ab 2007 mit fünf Parteien, welche die Fünfprozenthürde übersprangen, zu einer deutlichen Fragmentierung des Parteiensystems. Außerdem erlangten

damals sowohl die DVU als auch die Wählervereinigung Bürger in Wut (BIW) über den Wahlbereich Bremerhaven jeweils ein Mandat. 2015 stellte dann den vorläufigen Höhepunkt der Fragmentierung des Parteiensystems dar. Mit sieben Parteien (SPD, CDU, Grüne, LINKE, FDP, AfD, BIW) waren so viele Parteien und Wählervereinigungen in der Bürgerschaft vertreten wie in keiner Legislaturperiode zuvor. Darüber hinaus wurde die Zusammensetzung der Bürgerschaft durch Abspaltungen sowie Über- und Austritte im Laufe der vorletzten Legislaturperiode noch heterogener (mit Einzelabgeordneten, die keiner Fraktion oder Gruppe zugeordnet waren). Auch nach der Bürgerschaftswahl 2019 änderte sich nichts an dieser Konstellation, zumal die zunächst in Fraktionsstärke gewählte AfD schon nach kurzer Zeit in zwei sich bekämpfende Gruppen zerfiel und ihren Fraktionsstatus einbüßte.

Die hier skizzierte Entwicklung hat dazu geführt, dass sich die parteipolitische Zusammensetzung des Parlaments in den letzten 23 Jahren mehrfach verändert hat. Es hatte sich zunächst ein Vielparteienparlament mit einer linken Mehrheit herausgebildet, die seit der Bürgerschaftswahl 1995 kontinuierlich gewachsen war (wenngleich Bremen bis 2007 von einer Großen Koalition regiert wurde). Bei der Bürgerschaftswahl 2011 erreichten SPD, Grüne und LINKE zusammen einen Stimmenanteil von 66,7 Prozent. Dieser Anteil schrumpfte jedoch aufgrund erheblicher Verluste von SPD und Grünen auf 57,4 Prozent bei der Bürgerschaftswahl 2015. Die Koalition konnte nur mit einer knappen Mehrheit fortgesetzt werden. Einen tiefen Einschnitt stellte die Bürgerschaftswahl 2019 dar, als die SPD ihr schlechtestes Wahlergebnis seit Wiederkonstituierung des Bundeslandes erhielt und zum ersten Mal in der Bremer Nachkriegsgeschichte nicht stärkste Partei wurde, sondern die CDU. Auch die bis dahin sichere rot-grüne Mehrheit war verloren gegangen, sodass es SPD und Grünen nur mithilfe der Linken gelang, erneut ein Regierungsbündnis auf die Beine zu stellen.

Tab. 2: Wahlergebnisse bei den Bürgerschaftswahlen, Europa- und Bundestagswahlen seit 2007 in Bremen

Wahl	SPD	CDU	Grüne	LINKE	FDP	AfD	BIW
Bürgerschaftswahl 2007	36,7	25,6	16,5	8,4	6,0	-	0,9
Europawahl 2009	34,4	22,4	17,6	9,6	3,3	-	-
Bundestagswahl 2009	30,3	23,9	15,4	14,3	10,6	-	-
Bürgerschaftswahl 2011	38,6	20,4	22,5	5,6	2,4	-	3,7
Bundestagswahl 2013	35,6	29,3	12,1	10,1	3,4	3,7	-
Europawahl 2014	34,4	22,4	17,6	9,6	3,3	5,8	-
Bürgerschaftswahl 2015	32,8	22,4	15,1	9,5	6,6	5,5	3,2
Bundestagswahl 2017	26,8	25,1	11,1	13,4	9,4	10,0	-
Europawahl 2019	24,5	21,9	22,7	7,8	4,7	7,7	-
Bürgerschaftswahl 2019	24,9	26,7	17,4	11,3	5,9	6,1	2,4
Bundestagswahl 2021	33,2	20,9	18,5	7,9	6,8	6,6	-

Quelle: Eigene Darstellung nach Angaben des Statistischen Landesamtes Bremen.

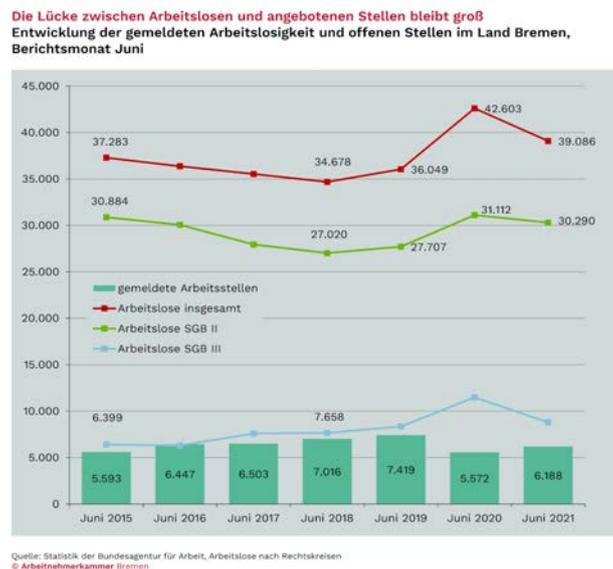
Doch schon bei der Bundestagswahl 2021 zeichnete sich ab, dass das linke Lager wieder die Mehrheit in Bremen stellt. Wir gehen davon aus, dass dies auch bei der anstehenden

Bürgerschaftswahl der Fall sein wird und wollen diese Auffassung sowohl auf Basis der wirtschaftlichen, sozialen und finanziellen Rahmenbedingungen als auch im Hinblick auf die Parteien, ihre Spitzenkandidat*innen und Wahlkampagnen begründen.

5. Die Entwicklung der wirtschaftlichen, sozialen und finanziellen Rahmenbedingungen seit der letzten Bürgerschaftswahl

Die Hansestadt Bremen lässt sich vor dem Hintergrund einer stark polarisierten sozio-ökonomischen Lage als ein Bundesland der Gegensätze beschreiben. Einerseits weist der Zwei-Städte-Staat zwar ein im Ländervergleich überdurchschnittliches Bruttomonatseinkommen auf, andererseits zeichnet sich Bremen durch die höchste Verschuldung je Bewohner*in¹ (38.042 Euro im Jahr 2022), die schlechteste Bildungsstruktur² sowie die höchste Arbeitslosenquote³ (10,2 Prozent im Jahr 2022) aller Bundesländer aus.⁴ Dabei folgte die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in den letzten Jahren den verschiedenen Krisen, die auch auf die Arbeitsmärkte durchschlugen (Finanzmarktkrise, Eurokrise, Corona-Pandemie). Trotz einer leichten Erholung der Arbeitslosenzahl nach dem Ende offiziellen Ende der Corona-Pandemie, klafft in Bremen immer noch eine relativ große Lücke zwischen statistisch erfassten Arbeitslosen und angebotenen Arbeitsstellen (siehe Abb. 2). Auch beim Vergleich der Armutsgefährdungsquoten liegt Bremen weit vorne: Insgesamt lebten im Jahr 2021 28 Prozent der Menschen von weniger als 60 Prozent des bundesweiten Durchschnittseinkommens.⁵

Abb. 2: Arbeitslosigkeit und offene Stellen



¹ Statista (2023): Verschuldung der Länder und Gemeinden je Einwohner nach Bundesländern 2022. Daten abrufbar unter: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/629/umfrage/oeffentliche-pro-kopf-verschuldung-nach-bundeslaendern/>.

² Statista (2022): Gesamtbewertung der Bundesländer beim Bildungsmonitor 2022. Daten abrufbar unter: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/201453/umfrage/gesamtbewertung-der-bundeslaender-beim-bildungsmonitor/#statistic-Container>.

³ Statista (2023): Arbeitslosenquote in Deutschland nach Bundesländern. Daten abrufbar unter: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/36651/umfrage/arbeitslosenquote-in-deutschland-nach-bundeslaendern/>.

⁴ Siehe auch „Bürgerschaftswahl in Bremen“, Ländersache „Zur Wahl in Bremen“, in: Luxemburg Report 3/2023 (Hrsg. Rosa-Luxemburg-Stiftung).

⁵ Statista (2021): Armutsgefährdungsquote in Deutschland nach Bundesländern 2021. Daten abrufbar unter: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/164203/umfrage/armutsgefaehrungsquoten-in-den-bundeslaendern/>.

Dennoch steht das Bundesland wirtschaftlich besser dar, als diese sozio-ökonomischen Merkmalsausprägungen zunächst vermuten lassen: Bremen ist nach wie vor ein großer Industriestandort mit hochmodernen und zukunftsorientierten Industriezweigen. Die vier Schwerpunkte der Bremer Wirtschaft sind die Automobilindustrie, die maritime Wirtschaft und Logistik, die Windkraft sowie die Luft- und Raumfahrt. Die maritime Wirtschaft und Logistik ist nach wie vor die beschäftigungsintensivste und umsatzstärkste Branche des Landes und stellt weiterhin das Rückgrat der Bremer Ökonomie dar. Bremen erzielte im Jahr 2021 als der zweitgrößte Hafenstandort Deutschlands die höchste Exportquote aller Bundesländer. Dazu trug die Stadt Bremerhaven mit dem größten Umschlagterminal für den Auto-Im- und Export Europas sowie dem viertgrößten Container-Hafen Nordeuropas maßgeblich bei. Insgesamt sind über 40.000 Arbeitskräfte sowie über 34.000 indirekt Beschäftigte in der maritimen Wirtschaft tätig. Das ist fast jeder fünfte Arbeitsplatz.⁶

Neben der Reaktivierung der maritimen Wirtschaft gelang Bremen durch die Niederlassung von Daimler-Benz im Jahr 1978 auch die Fortschreibung einer traditionsreichen Geschichte als Automobilstandort. Heute ist das weltweit zweitgrößte Automobilwerk der Daimler-Benz AG mit 12.500 Mitarbeiter*innen der größte privater Arbeitgeber im Land Bremen.⁷ Zudem ist Bremen ein weltbekannter Standort für die Luftfahrt- und Weltraumtechnologie: In Bremen sind neben 140 Unternehmen aus dieser Branche, darunter die Airbus Group, Rheinmetall Defence Electronics und OHB, auch über 20 Forschungsinstitute zuhause.⁸ Nicht zuletzt konnten durch die Ansiedlung von Unternehmen im Bereich der Windenergieerzeugung wirtschaftlich erfolgreiche Impulse gesetzt werden.⁹

Mit der Ausnahme des Jahres 2020 stieg das Bruttoinlandsprodukt in Bremen seit dem Jahr 2009 stetig. Im Jahr 2021 betrug das Bruttoinlandsprodukt je Bewohner*in 50.673 Euro. Dies bedeutete den zweithöchsten Wert aller Bundesländer.¹⁰ Seit der Jahrtausendwende hatte Bremen zudem im Vergleich zum Bundesdurchschnitt oft ein überdurchschnittliches Wirtschaftswachstum.¹¹ Gleichzeitig verschob sich die sozio-ökonomische Struktur vom produzierenden Gewerbe zum Dienstleistungsgewerbe. Heute ist der Dienstleistungssektor mit fast 82 Prozent der größte Arbeitgeber im Land. Nur in Hamburg und Berlin sind die Anteile des Dienstleistungssektors höher.¹² Zudem ist Bremen nach den beiden genannten Stadtstaaten durch das drittniedrigste Durchschnittsalter (43,6)¹³ geprägt. Die höchsten Werte im Ländervergleich erreicht Bremen bei den Bevölkerungsanteilen alleinstehender Bürger*innen (29

⁶ Siehe auch „Bürgerschaftswahl in Bremen“, Ländersache „Zur Wahl in Bremen“, in: Luxemburg Report 3/2023 (Hrsg. Rosa-Luxemburg-Stiftung).

⁷ WFB Wirtschaftsförderung Bremen GmbH: Automotive: Bremen-ein Automobil-Standort mit Tradition. Text abrufbar unter: <https://www.wfb-bremen.de/de/page/wirtschaftsstandort-bremen/automotive>.

⁸ WFB Wirtschaftsförderung Bremen GmbH: Luft- und Raumfahrt. Der Norden hebt ab: Bremen als Luft- und Raumfahrtstandort. Text abrufbar unter: <https://www.wfb-bremen.de/de/page/wirtschaftsstandort-bremen/luft-und-raumfahrt>.

⁹ Siehe Fußnote 6.

¹⁰ Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2022): Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung. Daten abrufbar unter: <https://www.statistikportal.de/de/vgrdl/ergebnisse-laenderebene/bruttoinlandsprodukt-bruttowertschoepfung/bip>.

¹¹ Statistische Ämter der Länder (2022): Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 1991 bis 2021. Reihe 1, Länderergebnisse, Band 1.

¹² Statistisches Landesamt Bremen (2022): Bremen in Zahlen 2022.

¹³ Statista (2022): Durchschnittsalter der Bevölkerung in Deutschland nach Bundesländern 2021. Daten abrufbar unter: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1093993/umfrage/durchschnittsalter-der-bevoelkerung-in-deutschland-nach-bundeslaendern/#:~:text=Das%20Bundesland%20Hamburg%20hatte%20Ende,An-half%20mit%2048%2C1%20Jahren.>

Prozent im Jahr 2021) sowie bei den Bevölkerungsanteilen von Personen mit einem Migrationshintergrund (39 Prozent im Jahr 2021)¹⁴. Gleichwohl konnte trotz dieser positiven Merkmale das Auseinanderdriften verschiedener Stadtteile auch seit der letzten Bürgerschaftswahl nicht aufgehalten werden. Armuts- und Reichtumsquartiere bestehen weiterhin nebeneinander. Dort klaffen Einkommen, Lebenserwartung, Krankheitsanfälligkeit, Bildungsniveau und Wohnqualität weit auseinander. Trotz der Versuche der Politik, diese Tendenzen mithilfe gezielter Programme zur Förderung benachteiligter Stadtteile einzudämmen, ist und bleibt Bremen eine Stadt der sozialen Spaltung.

Die finanzielle Situation Bremens lässt sich bis zum Beginn der letzten Legislaturperiode als Erfolgsgeschichte mit Schönheitsfehlern beschreiben. 2019 konnte Bremen erstmals die Vorgaben der Schuldenbremse einhalten und einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen – ein Erfolg der konsequenten, aber auch schmerzhaften Sanierungspolitik der Vorjahre, die auf Kosten vieler notwendiger Investitionen in die Infrastruktur getätigt wurde. Dann kam die Corona-Pandemie und warf die weitere Sanierungsstrategie über den Haufen. Wie andere Bundesländer auch, musste sich Bremen erneut verschulden, um die Folgen der Pandemie bekämpfen zu können. Mit dem „Bremen-Fonds zur Bewältigung der Folgen der Corona-Pandemie“ legte der Senat ein kreditfinanziertes Programm in Höhe von 1,2 Milliarden Euro auf, das den Ausnahmetatbestand der Schuldenbremse erfüllte, gleichwohl die am Ende der Sanierungsperiode immer noch vorhandenen Altschulden in Höhe von 21,5 Milliarden Euro erneut vergrößerte. Ohne dieses Programm, dessen Ausgaben nicht immer zielgenau auf die Bewältigung der Folgen der Corona-Pandemie ausgerichtet waren, wären die ökonomischen und sozialen Folgekosten für Bremen jedoch wahrscheinlich noch größer ausgefallen. Kurz vor dem Ende der Legislaturperiode hat der Senat mit einem kreditfinanzierten Klimafonds in Höhe von drei Milliarden Euro, die in den nächsten Jahren in den Klimaschutz investiert werden sollen, einen weiteren Ausnahmetatbestand von der Schuldenbremse beschlossen. Wann und wie die kreditfinanzierten Gelder zurückgezahlt werden sollen und können ist derzeit noch unklar. Sicher ist nur, dass Bremen in der nächsten Zeit weder seine Altschulden noch die neu aufgenommenen Schulden wird abzahlen können. Das bedeutet, dass die Schuldenbremse trotz aller Beteuerungen vorerst de facto außer Kraft gesetzt ist.

Vor dem Hintergrund der beschriebenen sozio-ökonomischen und finanziellen Rahmenbedingungen wird der nächste Senat vor erheblichen Herausforderungen stehen. Zahlreiche Aufgaben im Bereich der Infrastruktur, der Gesundheitsversorgung und der Stadtentwicklung sind in die zukünftigen finanziellen Spielräume für Investitionen noch gar nicht eingepreist. Aus dem beschlossenen Klimafonds können zwar dringend notwendige Investitionen für die Erreichung ehrgeiziger Klimaziele finanziert werden, aber weitere, ebenfalls anstehende Investitionen sind dadurch noch gar nicht abgedeckt. Das betrifft u.a. die Ertüchtigung der maritimen Infrastruktur (Digitalisierung / Erneuerung der Kajen am Containerterminal in Bremerhaven), die Sanierung in die Jahre gekommener Bildungseinrichtungen, die Einstellung von mehr Lehrkräften, die Umsetzung einer Reform des Gesundheitsbereichs mit den defizitären Kliniken der Gesundheit Nord (GENO), die Sanierung von Brücken und Straßen, die Verbesserung der Verwaltungsstrukturen sowie im Moment schwer zu kalkulierende Kosten für die Unterbringung von weiteren Migrant*innen. Auch die Innenstadtentwicklung wird zu einer Herkulesaufgabe,

¹⁴ Statistisches Bundesamt (2021): Bevölkerung in Privathaushalten 2021 nach Migrationshintergrund. Daten abrufbar unter: <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Migration-Integration/Tabellen/migrationshintergrund-laender.html>.

zumal sich die Perspektiven durch die drohende Schließung von Karstadt weiter verdüstert haben. Selbst wenn die Schließung jetzt noch einmal abgewendet werden kann, ist es fraglich, ob Karstadt eine Zukunft hat. Bremens Funktion als Oberzentrum steht jedenfalls auf dem Spiel, und der Leerstand in der Innenstadt macht nicht gerade Hoffnung. Nicht zuletzt will der Senat in Bremerhaven einen „Energy Port“ bauen lassen. Selbst wenn es Bundeshilfen dafür geben sollte, wird der Bau eines solchen Ports weitere erhebliche Investitionen verschlingen. All diese Herausforderungen erfordern Investitionen im dreistelligen Milliardenbereich. Es werden sich also erhebliche finanzielle, personelle, organisatorische und verwaltungstechnische Aufgaben aufürmen, auf die weder die politischen Akteure noch die Verwaltung bisher eingestellt, geschweige denn vorbereitet sind.

6. Die politische Ausgangslage vor der Wahl

Seit 2019 wird das Bundesland Bremen von einer rot-grünen-roten Koalition regiert. Während die vorher regierende rot-grüne Koalition bei der Bürgerschaftswahl 2011 ihren Stimmen- und Sitzvorsprung in der Bremischen Bürgerschaft noch ausbauen und eine Zweidrittelmehrheit der Sitze erringen konnte, verloren SPD und Grüne bei einer historisch niedrigen Wahlbeteiligung von nur noch knapp über 50 Prozent 2015 viele Wähler*innen und konnten ihre Mehrheit bei der Sitzverteilung nur knapp behaupten. Im Laufe der Legislaturperiode büßte die rot-grüne Mehrheit ihren Vorsprung an Mandaten durch den Ausschluss und Austritt von Abgeordneten immer mehr ein und hatte zum Ende der Legislaturperiode nur noch eine Mehrheit von einem Sitz. In einer Umfrage von infratest dimap vor der letzten Wahl im Auftrag des Weser-Kurier (Februar 2019) erhielten SPD und Grüne in Bezug auf die Zufriedenheit mit ihrer Politik negative Noten. Bei der Bürgerschaftswahl 2019 setzte sich dann für die SPD der Abwärtstrend fort, als sie zum ersten Mal in der Nachkriegsgeschichte Bremens nur zweitstärkste Partei hinter der CDU wurde. Die Grünen konnten ihr Ergebnis moderat steigern, während die LINKE mit 11,3 Prozent ein zweistelliges Ergebnis einfuhr. Weil sich die Grünen für eine rot-grün-rote Koalition und gegen eine Koalition mit FDP und CDU entschieden, konnte die Tradition sozialdemokratischer Bürgermeister fortgeführt werden. Dieser hieß jedoch nicht mehr Carsten Sieling, der aufgrund des schlechten Wahlergebnisses zurücktrat, sondern Andreas Bovenschulte, der in den Vorjahren schon einmal Landesvorsitzender der SPD-Landesorganisation war.¹⁵

Die Ausgangskonstellation bei der bevorstehenden Wahl weist einige Ähnlichkeiten zu Berlin auf, ist aber trotzdem wiederum ganz anders. Der Unmut über die Verwaltung, über umstrittene Verkehrsversuche, über die Zustände an den Schulen und die wahrgenommene Kriminalität ist in Bremen ähnlich ausgeprägt wie in Berlin. Es wird vor diesem Hintergrund auch in Bremen bei der Wahlentscheidung der Wähler*innen in erster Linie um landespolitische Themen gehen, nicht um Bundespolitik. Gleichwohl ist die Situation in Bremen nicht mit der von Berlin zu vergleichen. Es geht in Bremen weder um eine Wiederholungswahl, noch ist der Spitzenkandidat der führenden Regierungspartei so umstritten wie Franziska Giffey in Berlin. Im Gegenteil: Andreas Bovenschulte führt die Sympathieskala deutlich an und kann einen Amtsbonus in die Waagschale werfen. Kaum im Amt, sah sich die neue Koalition mit den Folgen der Corona-Pandemie konfrontiert, sodass die Bekämpfung der Pandemie die ersten zweieinhalb Jahre im Zentrum der Regierungsarbeit stand. Als neuer Präsident des Senats

¹⁵ Siehe auch „Bürgerschaftswahl in Bremen“, Ländersache „Zur Wahl in Bremen“, in: Luxemburg Report 3/2023 (Hrsg. Rosa-Luxemburg-Stiftung).

und Bürgermeister erwies sich Andreas Bovenschulte als zupackender Manager bei der Krisenbekämpfung und nutzte die Gelegenheit, um Statur zu gewinnen und sich nicht nur in Bremen, sondern auch bundesweit in der medialen Öffentlichkeit einen Namen zu machen. Dabei kamen ihm und Gesundheitsministerin Claudia Bernhard von der Linken zugute, dass Bremen bundesweit die besten Impferfolge vorweisen konnte – allerdings nicht in erster Linie, weil man, wie zunächst behauptet, in den Stadtteilen erfolgreich für das Impfen geworben hatte, sondern weil man, wie sich später herausstellte, die Bürger*innen aus dem niedersächsischen Umland, die sich in Bremen hatten impfen lassen, mit in die Statistik aufgenommen hatte. Gleichwohl verliefen die Folgen der Pandemie in Bremen relativ glimpflich, nicht zuletzt, weil das von der Linken geführte Wirtschaftsressort unter Kristina Vogt mithilfe des „Bremen-Fonds zur Bewältigung der Folgen der Corona-Pandemie“ gezielt Hilfen für die Wirtschaft, das Handwerk und die Kultureinrichtungen zur Verfügung stellte. Überhaupt fiel auf, dass die linke Senatorin eine äußerst pragmatische Wirtschaftspolitik verfolgte, die sich kaum von ihren sozialdemokratischen Vorgängern unterschied und die Nähe zur Handelskammer suchte. Vor diesem Hintergrund konnten sich SPD und LINKE in der ersten Phase der Regierungsarbeit besser profilieren als die Grünen, die bei Regierungsantritt den Anspruch erhoben hatten, das Herz der Regierung zu sein, aber aufgrund der Fokussierung der Regierungsarbeit auf die Pandemiebekämpfung zunächst etwas ins Hintertreffen gerieten. Erst im dritten Jahr der Regierungszeit konnten die Grünen ihre klimapolitischen Schwerpunkte stärker in die Regierungsarbeit einbringen – gerieten dabei aber mehrfach mit ihren Koalitionspartnern aneinander. In der Stadtöffentlichkeit entstand der Eindruck, dass die Grünen die „Störenfriede“ innerhalb der Koalition sind, die mit ihrer Politik „gegen das Auto“ und überzogenen klimapolitischen Forderungen die Bürger*innen verschrecken. Während die CDU noch zu Beginn der neuen Legislaturperiode die Grünen als potenziellen Partner umworben hatte und die Einsetzung einer Klima-Enquete-Kommission anregte, vollzog sie im Laufe der Legislaturperiode einen Strategiewechsel und attackierte – zusammen mit der FDP und der Handelskammer – die „verfehlte Politik“ der Grünen, insbesondere die der Umwelt-, Bau- und Verkehrssenatorin Maïke Schäfer. Vor allem die Verkehrsversuche der Senatorin in der Martinistraße, ihre Position bei der Auseinandersetzung um die Straßenbahnführung in der Obernstraße und bei der Neueinrichtung von Straßenbahnhaltestellen vor der Glocke, bei der Innenstadtentwicklung und dem Bau von Radpremiumrouten zulasten der Verkehrsfläche für Autos entpuppten sich als öffentliche Streitthemen, die den Eindruck einer inkompetenten und überforderten Senatorin hinterließen. Als ein politisches Selbsttor erwies sich auch der Versuch von Teilen der Parteispitze, einschließlich der Umwelt- und Verkehrssenatorin, die Umwandlung des Bremer Passagierflughafens in einen reinen Werkstattflughafen im Wahlprogramm unterzubringen. Dass der Antrag bei der Parteibasis durchfiel und keine Mehrheit bekam, wirkte wie eine schallende Ohrfeige für die Parteispitze. Erschwerend kommt hinzu, dass das Ressort der Senatorin sich mit verschiedenen Bürgerinitiativen angelegt hat, die ihr u.a. eine verfehlte Umwelt- und Verkehrspolitik vorwerfen. Gleichwohl konnten die Grünen bei der Umsetzung der Vorschläge der von der CDU angeregten und dann von der Bürgerschaft eingesetzten Klima-Enquete-Kommission zahlreiche klimapolitische Vorhaben durchsetzen. Auch am Beschluss des Senats, einen kreditfinanzierten Klimafonds mit drei Milliarden Euro auf den Weg zu bringen, hatten die Grünen einen erheblichen Anteil, wenngleich sie bei beiden Koalitionspartnern damit offene Türen einrannten.

In der Endphase der laufenden Legislaturperiode haben die Konflikte zwischen den drei Koalitionsparteien zugenommen. Mehrfach haben sich sowohl SPD als auch die LINKE von den

Grünen abgegrenzt. Die SPD unter Senatspräsident Bovenschulte hat deutlich gemacht, dass eine Politik gegen das Auto und die Autofahrer*innen mit ihr nicht möglich ist. Die LINKE wiederum ist des Öfteren auf Distanz zu den Grünen gegangen – u.a. als sie den Schulterschluss mit der Bürgerinitiative zur Erhaltung der Platanen in der Neustadt suchte oder auch bei der öffentlichen Ablehnung des grünen Vorschlags, den Bremer Flughafen zu schließen und in einen Werkstattflughafen umzuwandeln. Sie würde am liebsten mit der SPD allein regieren, mit der sie in vielen Fragen mehr Schnittmengen hat als mit den Grünen.

Die Oppositionsparteien CDU und FDP haben zwar den Senat oft in den gleichen Politikfeldern angegriffen, weisen aber ansonsten wenige gemeinsame Berührungspunkte auf. Während die CDU mit ihrem Vorschlag zur Einrichtung einer Klima-Enquete-Kommission einen Coup landete, blieb die FDP-Opposition im Verlaufe der Legislaturperiode relativ blass. Der Strategiewechsel, den die CDU in der zweiten Hälfte der Amtszeit der Regierung vollzogen hat, dürfte vor allem daran liegen, dass die CDU vorerst keine Chancen für ein schwarz-grünes Bündnis in Bremen sieht. Die einzig realistische Chance, wieder an einer Regierung in Bremen beteiligt zu werden, sieht die CDU in einer Koalition mit der SPD – möglichst natürlich als Senior- und nicht als Juniorpartner. Ein Totalausfall als Oppositionspartei war die AfD, die schon kurz nach der Bürgerschaftswahl in einem Akt der Selbstdestruktion auseinanderfiel. Seitdem bekämpfen sich zwei Gruppierungen, die beide beanspruchen, die AfD zu vertreten, und verweigern jede ernstzunehmende Parlamentsarbeit.

Vor diesem Hintergrund lassen sich auch die Ergebnisse der Umfragen interpretieren und einordnen, die im Mai letzten Jahres und Anfang März 2023 vom Weser-Kurier veröffentlicht wurden (der Weser-Kurier hatte die Umfragen bei infratest dimap in Auftrag gegeben).

Tab. 3: Ergebnisse der Umfragen des Weser-Kurier vom Mai 2022 und März 2023

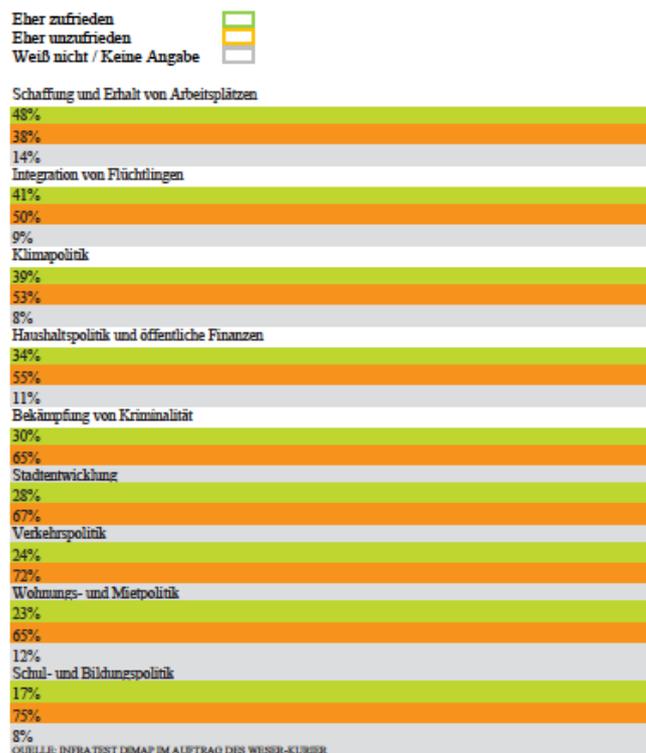
Umfrage Weser-Kurier	SPD	CDU	Grüne	Linke	FDP	AfD	Andere
Mai 2022	30	22	21	8	6	6	7
März 2023	28	27	19	8	4	7	7

Quelle: Weser-Kurier vom 18. Mai 2022 und vom 2. März 2023.

Aufschlussreich sind vor allem die Verschiebungen, die sich im Zeitraum zwischen den beiden Umfragen ergeben haben. Auf auffälligsten ist, dass die CDU wieder zur SPD aufschließen konnte und sich zum Zeitpunkt der letzten Umfrage erneut ein Kopf-an-Kopf-Rennen mit der SPD liefert. Für die CDU scheint sich insofern der Strategiewechsel, weg von einem Liebäugeln mit den Grünen und hin zu den klassischen Themen der CDU wie innere Sicherheit und Wirtschaft, bezahlt gemacht zu haben. Gleichzeitig macht sie mit Wiebke Winter, Vorstandsmitglied der Klima-Union, im Tandem mit dem Spitzenkandidaten Frank Imhoff auch ein Angebot an ökologische Wähler*innen. Außerdem lässt die CDU keine Gelegenheit aus, um die von den Sozialdemokraten seit Jahrzehnten verantwortete Bildungspolitik anzugreifen. Ansonsten haben sich die Zahlen für die Parteien nur moderat verändert – allerdings scheint die parlamentarische Existenz der FDP in der neuen Legislaturperiode ernsthaft gefährdet zu sein. Die SPD kann auf jeden Fall mit ihrem Bürgermeister punkten, der nicht nur vielen Bremer*innen bekannt, sondern darüber hinaus auch sehr beliebt ist. Im Mai letzten Jahres waren 72 Prozent aller Bremer*innen mit seiner Amtsführung zufrieden. Mit 70 Prozent im März dieses Jahres hat sich an dieser Zufriedenheit kaum etwas verändert. Beide Werte zählen zu den Höchstwerten, die gegenwärtig für die Arbeit der Ministerpräsident*innen in den

Bundesländern gemessen werden. Verändert hat sich allerdings die Zufriedenheit mit der Regierung. Während sich im Mai letzten Jahres noch 56 Prozent mit der Arbeit des Senats zufrieden zeigten, schrumpfte dieser Wert in der neuen Umfrage auf 46 Prozent. Interessant ist auch, welche Bereiche der Regierungsarbeit besonders schlecht bewertet wurden. Zu den Schlusslichtern gehören in der neuesten Umfrage die Politikfelder Kriminalitätsbekämpfung, Stadtentwicklung, Verkehr, Wohnungs- und Mietpolitik sowie Schul- und Bildungspolitik (siehe Abb. 3 auf der nächsten Seite). Es fällt auf, dass mehrere dieser Bereiche in den Verantwortungsbereich grüner Senator*innen fallen. Bei der Frage nach der Bewertung der Arbeit der Parteien in Senat und Bürgerschaft sticht ins Auge, dass die Grünen dabei mit Abstand am schlechtesten abschneiden (26 Prozent für die Grünen, 45 Prozent für die SPD und 37 Prozent für die LINKE). Ein ähnliches Bild ergibt sich bei der Frage nach der Zufriedenheit mit den Senator*innen des Senats. 55 Prozent der Befragten sind mit der Arbeit von Maïke Schäfer von den Grünen, die das Umwelt-, Bau- und Verkehrsressort verantwortet, nicht zufrieden. Das ist mit Abstand der schlechteste Wert unter allen Senator*innen. Die Werte für die beiden Senatorinnen der Linken sind mit 22 Prozent (Claudia Bernhard) und 23 Prozent (Kristina Vogt) weniger als halb so negativ.

Abb. 3: Zufriedenheit mit der Arbeit des Senats nach Senatsressorts



Was ergeben sich daraus für Konsequenzen für das Wahlergebnis? Bleibt es bei einem Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen SPD und CDU, werden Rot-Grün-Wähler*innen in der Endphase des Wahlkampfes wahrscheinlich der Partei ihre Stimme geben, deren Spitzenkandidat nicht nur am bekanntesten ist, sondern auch das meiste Vertrauen genießt – also der SPD mit Andreas Bovenschulte. Wir halten deshalb ein Ergebnis für die SPD um die 30 Prozent für möglich. Die LINKE wird dank der relativ guten Bewertung der Arbeit ihrer beiden Senatorinnen gegen den Bundestrend ihrer Partei voraussichtlich ein Ergebnis zwischen 8 und 10 Prozent

einziehen. Verlierer in der regierenden Dreierkoalition werden unserer Meinung nach die Grünen sein. Während sie im Mai letzten Jahres noch vom Höhenflug ihrer Partei auf Bundesebene profitieren konnten, werden sich die Wähler*innen bei der bevorstehenden Bremer Bürgerschaftswahl eher an der landespolitischen Performance der Partei orientieren. Die Bilanz der Grünen, die das Herz der Linkskoalition sein wollten, ist sehr durchwachsen. Die Fahrradpremiumrouten sind noch Stückwerk, die versprochenen Fahrradbrücken über die Weser sind noch nicht mal in der konkreten Planung, die grünen Verkehrsversuche waren mehr als umstritten, und die Spitzenkandidatin sowie ihre Partei werden bei der Frage nach der Zufriedenheit der Wähler*innen mit ihrer Arbeit extrem schlecht bewertet. Wir vermuten deshalb, dass die Grünen eher ein Wahlergebnis zwischen 15 und 17 Prozent erreichen werden. Die CDU als stärkste Oppositionspartei kann es sich als Erfolg anrechnen lassen, dass sie zunächst zur SPD aufgeschlossen hat und dieser ein Kopf-an-Kopf-Rennen liefert. Sie profitiert dabei möglicherweise auch von Wähler*innen der FDP, die in Bremen als Oppositionspartei eher farblos geblieben ist und mit einem weithin unbekanntem Spitzenkandidaten antritt. Die FDP wird unseres Erachtens an der Fünfprozenthürde scheitern, zumal sie in keiner politisch denkbaren Koalition als Regierungspartei gebraucht wird und gegenwärtig auf keinen Rückenwind von der Bundespartei bauen kann. Ein Bremer Sonderfall ist die AfD, die sich selbst in einem Akt der Selbstdestruktion ins Aus geschossen hat und nicht zur Wahl zugelassen wurde.¹⁶ Ihre Wähler*innen dürften vor allem der Wählervereinigung Bürger in Wut zugutekommen, die damit zum ersten Mal realistische Chancen hat, nicht nur im Wahlbereich Bremerhaven, sondern auch im Wahlbereich Bremen die Fünfprozenthürde zu überspringen, zumal sie durch ihre Verbindung mit der Partei „Bündnis Deutschland“ über die notwendigen finanziellen Mittel verfügt, um einen landesweiten Wahlkampf zu führen.

7. Koalitionsoptionen nach der Wahl

Alles ist möglich, aber nicht alles ist wahrscheinlich

Welche Koalition zukünftig den Bremer Senat stellen wird, ist aufgrund einer Reihe von Unwägbarkeiten schwer zu prognostizieren. Zu den Unsicherheiten gehört unter anderem die Frage, ob die FDP in die Bürgerschaft einzieht oder nicht. Auch der Ausschluss der AfD von der Wahl durch den Landeswahlausschluss kann das Wahlverhalten beeinflussen. Last but not least ist auch die Frage entscheidend, welche Partei ihre Wähler*innen am besten mobilisieren kann, zumal die heiße Phase des Wahlkampfes noch gar nicht eröffnet ist und sich auf die Zeit nach den Osterferien konzentrieren wird. Welchen Einfluss die Wahlkampagnen der Parteien auf das Wahlergebnis haben werden, entzieht sich in der Regel jedweder Prognose. Gleichwohl gibt es vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Konstellationen einige Koalitionsszenarien, die wahrscheinlicher sind als andere.

- a) Wenn die SPD ein Ergebnis um die 30 Prozent erzielt und die Grünen um die 16 Prozent, würde eine rot-grüne Koalition über eine Mehrheit der Sitze verfügen, wenn die FDP an der Fünfprozenthürde scheitert. In diesem Fall wäre eine rot-grüne Koalition die wahrscheinlichste Variante. Bremen würde damit, wie bereits andere Bundesländer nach den letzten Landtagswahlen, zu einer Zweierkoalition zurückkehren. Gleichwohl wird die SPD nach der Wahl auch mit der CDU Sondierungsgespräche führen, um

¹⁶ „AfD bei der Bürgerschaftswahl nicht dabei.“, in: Weser-Kurier vom 24. März 2023, S. 7.

möglichen Ansprüchen der Grünen in späteren Koalitionsverhandlungen von Anfang an Grenzen zu setzen.

- b) Wenn die SPD ein Ergebnis um die 28 Prozent erzielt, die Grünen um die 14 Prozent und die Linke um die 8 Prozent, ist eine Fortsetzung der rot-grün-roten Koalition am wahrscheinlichsten.
- c) Wenn die CDU mehr Stimmen erhalten sollte als die SPD, wird die SPD erst recht entweder eine rot-grüne oder eine rot-grün-rote Koalition anstreben. Sie wird ihre Führungsrolle in einer Koalition auf jeden Fall behalten wollen.
- d) Eine Große Koalition wäre nur denkbar, wenn die SPD mehr Stimmen erhält als die CDU und wenn die Grünen wider Erwarten deutlich zulegen. Sollten die Grünen dann mehr Einfluss in einer möglichen rot-grünen Koalition beanspruchen, könnte die SPD den Schulterschluss mit der CDU suchen, mit der sie in Fragen der Wirtschafts- und Verkehrspolitik sowie in Fragen der inneren Sicherheit teilweise mehr Gemeinsamkeiten hat als mit den Grünen.
- e) Eine Jamaika-Koalition aus CDU, Grünen und FDP ist aus zwei Gründen mehr als unwahrscheinlich: Die grüne Basis ist für ein Bündnis mit der CDU nicht zu haben, und ob die FDP überhaupt den Sprung über die Fünfprozenthürde schafft, ist unsicher.

Bei allen Argumenten für und wider eine dieser Koalitionsoptionen werden die Parteien auch im Sinne des *Vote-Seeking* im Auge haben, welche Präferenzen die Wähler*innen bevorzugen. Bei der Umfrage von infratest dimap im März 2023 gaben 37 Prozent der Wähler*innen an, dass der nächste Senat von der SPD geführt werden sollte, 34 Prozent sprachen sich für die CDU und 16 Prozent für die Grünen aus. Selbst ein Viertel der grünen Wähler*innen will, dass die zukünftige Regierung wieder von der SPD geführt wird. Den größten Zuspruch unter allen möglichen Koalitionsoptionen erhielt in der Umfrage eine Große Koalition mit rund 26 Prozent der befragten Bremer*innen. Auf Platz zwei folgte eine Neuauflage der bestehenden rot-grün-roten Koalition mit 19 Prozent. Eine rot-grüne Koalition wünschten sich auf Platz drei nur 14 Prozent.¹⁷

8. Wahlkampfthemen und Wahlkampfstrategien der Parteien

Ein zentrales Thema des Wahlkampfes ist die Weiterentwicklung des Landes als Industrie- und Wirtschaftsstandort. Dabei steht vor allem der Fachkräftemangel im Vordergrund. Kontrovers zwischen Regierungs- und Oppositionsparteien wird u.a. über die Einführung eines umlagefinanzierten Ausbildungsunterstützungsfonds, mit dem der Senat perspektivisch neue Ausbildungsplätze schaffen will, diskutiert. Das Vorhaben stößt jedoch aufgrund der zusätzlichen finanziellen Belastung der Betriebe nicht nur in der Opposition, sondern auch im Handel und Handwerk auf massiven Widerstand. Ein weiteres zentrales Thema ist die Bildungspolitik, die bundesweit durch schlechte Ergebnisse bei Bildungstests immer wieder für Schlagzeilen sorgt. Auch die Mobilitäts- und Klimawende wird die öffentliche Debatte im Wahlkampf prägen. Vor allem der vom Senat beschlossene Klima-Fonds wird kontrovers diskutiert. Der Senat reklamiert, dass der Fonds, der mit drei Milliarden Euro kreditfinanziert werden soll, einen Ausnahmetatbestand von der Schuldenbremse rechtfertigt. Die Opposition sieht darin aber ein Aufweichen der Schuldenbremse. Weitere Wahlkampfthemen sind die Gestaltung des Nahverkehrs (Mobilitätswende), der Mangel an bezahlbarem Wohnraum, die Gestaltung und

¹⁷ Große Koalition hat die meisten Anhänger. In: Weser-Kurier vom 3. März 2023, S. 3.

Finanzierung des Gesundheitssystems, die Entwicklung der Bremer Innenstadt sowie die innere Sicherheit und Kriminalitätsbekämpfung.¹⁸

Die Bremer SPD bestreitet den Wahlkampf mit dem „Zukunftsprogramm für Bremen“.¹⁹ Die Themen Arbeit und Wirtschaft, sozialer Zusammenhalt, Innovation und digitaler Fortschritt sowie Sauberkeit und Sicherheit stellen die Schlüsselbegriffe des Programmes dar und werden in vier Zukunftsdialogen mit dem Bürgermeister in den Wahlkampf eingebracht. Das Thema Bildung rückt die SPD angesichts mangelnder Erfolge ihrer Bildungspolitik bewusst nach hinten, weil sie darin kein Gewinnerthema sieht. Vergleichsweise umfangreich werden dagegen die Themen „Solidarische Gesellschaft - sozialer Zusammenhalt“ sowie „Gesundheit und gute Pflege“ im Zukunftsprogramm behandelt. Dabei stehen die Bekämpfung von Ungerechtigkeit und Armut sowie die Förderung von Chancengleichheit, Umverteilung und Teilhabe im Mittelpunkt. Auch die Themen Sicherheit und Sauberkeit spielen eine wichtige Rolle. Die SPD will den Ordnungsdienst, die Polizei und die Feuerwehr in diesem Bereich personell verstärken. Eine weitere Kernthematik ist der Klimawandel. Weil der Kampf gegen den Klimawandel fast alle Bereiche des Sozialwesens betreffe, müsse der Klimaschutz zur Querschnittsaufgabe werden. Vor allem der Umstieg auf eine klimaneutrale Stahlproduktion steht dabei im Vordergrund. Die Gestaltung und Weiterentwicklung der Innenstädte greift die SPD unter dem Programmpunkt „Lebendige Innenstädte in Bremen und Bremerhaven“ auf und legt den Fokus auf die Innenstädte als „Erlebniswelt“. Bezüglich der Schuldenbremse sieht die SPD die Möglichkeit, diese aus der Landesverfassung unter der Voraussetzung zu streichen, dass der Bund hohe Einkommen, Vermögen und Erbschaften zukünftig stärker besteuert.²⁰

Die Wahlkampfstrategie der SPD setzt ganz und gar auf das Zugpferd und den Spitzenkandidaten der Partei – auf Andreas Bovenschulte.²¹ Mit der Ausarbeitung und Umsetzung der Wahlkampagne wurde eine Arbeitsgemeinschaft aus der Agentur ask.berlin und der Hamburger PR-Agentur Pahnke beauftragt. Die Kampagne soll auf drei Hauptzielgruppen ausgerichtet werden: die abhängig Beschäftigten, die ältere Generation und die bürgerliche Mitte. Dieser Orientierung entsprechen die drei zentralen Slogans „Gute Arbeit, gute Wirtschaft“, „Soziale Sicherheit und Respekt“ sowie „Gut und sicher leben“.²² Mit diesem Dreiklang will sich die SPD ausdrücklich als politische Kraft der Mitte positionieren. Die Kampagne soll nicht polarisieren, sondern zusammenführen. Dafür steht insbesondere der Spitzenkandidat.

Die Bremer CDU hat ihr Wahlprogramm „Connected Cities. Das vernetzte Land“ als Regierungsprogramm deklariert²³ und damit ihren Anspruch auf die Führung des Bundeslandes unterstrichen. Leitgedanke des Programms ist ein ressortübergreifender Ansatz. Die Bildungspolitik ist dabei ein Kernthema. „Bildung wird ein Schwerpunkt unseres Wahlkampfes sein“, sagte Frank Imhoff schon bei seiner Wahl zum Spitzenkandidaten im Mai 2022.²⁴ In der Wirtschaftspolitik kritisiert die CDU, zusammen mit Vertreter*innen der Wirtschaft, den von der Koalition geplanten Ausbildungsunterstützungsfonds und setzt sich stattdessen für eine abschlussorientierte Qualifizierung von Arbeitslosen ein, um dem Fachkräftemangel

¹⁸ Siehe „Bürgerschaftswahl in Bremen“, Ländersache „Zur Wahl in Bremen“, in: Luxemburg Report 3/2023 (Hrsg. Rosa-Luxemburg-Stiftung).

¹⁹ SPD-HB-Zukunftsprogramm-2023-2027-Entwurf-final.pdf (spd-land-bremen.de).

²⁰ Siehe Fußnote 19.

²¹ SPD setzt ganz auf Bovenschulte. In: Weser-Kurier vom 7. November 2022, S. 12.

²² SPD verteidigt Ausbildungsfonds. In: Weser-Kurier vom 6. Februar 2023, S. 9.

²³ Vgl. CDU macht Bildung zum Topthema. In: Weser-Kurier vom 21./22. Januar 2023, S. 10.

²⁴ Vgl. <https://www.cdu-bremen.de/news/herausragendes-ergebnis-fuer-spitzenkandidat-imhoff>.

entgegenzutreten. Schließlich betont die CDU, „Klimaschutzpartei“ zu sein.²⁵ Sie will u.a. die Anzahl der Windkraftanlagen erhöhen und die energetische Sanierung der öffentlichen Gebäude, die Wärmeversorgung und die Dekarbonisierung des Stahlwerkes vorantreiben. Kritisch äußert sich die Bremer CDU zum kreditfinanzierten Klima-Fonds. Stattdessen fordert die CDU alternative Finanzierungsansätze, wie die Umschichtung im regulären Haushalt oder eine privatwirtschaftlich organisierte Klimaanlage der Bremer Aufbau-Bank. Ein weiterer thematischer Schwerpunkt ist die Bekämpfung der Kriminalität. Hier fordert die CDU eine technisch und personell deutlich besser ausgestattete Polizei.

Die Wahlkampfstrategie der CDU, die wesentlich von der Berliner Agentur Römer Wildberger ausgearbeitet wurde, zielt darauf ab, den Spitzenkandidaten der CDU, Bürgerschaftspräsident Frank Imhoff als „Brückenbauer“ und „Menschenfreund“ darzustellen.²⁶ Außerdem wird ihm mit Wiebke Winter eine „junge Senkrechtstarterin der Bundes-CDU“ (Vorstandsmitglied der Klima-Union) an die Seite gestellt, die auch junge und klimabewusste Wähler*innen ansprechen soll. Vor diesem Hintergrund werden beide als „progressives Duo“ im Wahlkampf auftreten. Die Auseinandersetzung mit den Regierungsparteien soll im Wahlkampf vor allem auf den Gebieten Wirtschaft, Verkehr, Stadtentwicklung und innere Sicherheit stattfinden.²⁷

Die Grünen stellen in ihrem Wahlprogramm „Zukunft möglich machen“ ein klares Bekenntnis zu einem konsequentem Klimaschutz in den Mittelpunkt. Bremen soll bis zum Jahr 2038 klimaneutral werden. Ausdrücklich erwähnen die Grünen in diesem Zusammenhang das Bremer Stahlwerk. Auch in der Automobilbranche sollen durch grüne Gewerbegebiete, klimaneutrale Produktionsprozesse sowie den Aufbau einer Wasserstoffinfrastruktur Arbeitsplätze erhalten werden. Der Bremer Fachkräftemangel stellt einen weiteren Kernpunkt im Wahlprogramm dar: Diesen wollen die Grünen durch eine Ausbildungsoffensive vor allem für die duale Ausbildung und für das Handwerk entgegenwirken. Einen Beitrag soll auch die Schaffung von Rahmenbedingungen für eine Erwerbstätigkeit von Alleinerziehenden durch maßgeschneiderte Ausbildungskonzepte leisten. Zudem soll die Einführung eines Klimabonus für Empfänger*innen von Transferleistungen höhere Kosten einer Unterkunft abdecken, sofern diese entsprechenden energetischen Standards entsprechen. Die Innenstadt wollen die Grünen möglichst zeitnah autofrei machen.

Ihre Wahlkampfstrategie zielt vor allem auf die grünnahen Milieus, die in den Bereichen Klima, Verkehr und Stadtentwicklung die bisherige Position der Grünen stützen und von ihnen in diesen Bereichen weitere Veränderungen erwarten. Um damit ihr eigenes ökologisches Profil zu schärfen, nehmen sie eine Polarisierung zu anderen, eher wirtschaftsnahen Milieus in Kauf und grenzen sich zugleich von ihren beiden Koalitionspartnern ab. Ihr Problem ist die extrem schwache Bewertung ihrer Regierungstätigkeit und die ihrer Spitzenkandidatin Maike Schäfer. Außerdem fehlt den Grünen gegenwärtig ein starker Rückenwind von der Bundesebene (das war bei der Umfrage vor einem Jahr noch anders). In jedem Fall wollen die Grünen weiter mitregieren – entweder mit der SPD oder erneut in einem Linksbündnis.

DIE LINKE stellt die soziale und ökologische Gestaltung der Hansestadt Bremen in den Mittelpunkt ihres Wahlprogrammes und wirbt mit dem Slogan „Das neue Rot“, um sich damit von

²⁵ Siehe Fußnote 23.

²⁶ CDU setzt auf die Doppelspitze. In: Weser-Kurier vom 31. Oktober 2022, S. 9.

²⁷ Siehe Fußnote 23.

der SPD abzugrenzen.²⁸ Sie spricht sich für eigene Entlastungsprogramme auf Landesebene, einen kostenlosen Nahverkehr sowie eine neu gestaltete Qualifizierungs- und Weiterbildungsoffensive zur Bekämpfung des Arbeits- und Fachkräftemangels aus. Zudem wollen die Linken die staatliche Steuerung des Wohnungsmarktes durch den Ankauf von weiterem Wohnraum ausweiten. Auch die Energieversorgung und andere öffentliche Dienstleistungen sollen zurück in die Obhut des Staates. Ein Schlüsselprojekt ist der kostenlose Nahverkehr, der durch eine Anhebung der Grundsteuer auf Wohneigentum und der Gewerbesteuer als Beitrag der Unternehmen finanziert werden soll.²⁹ Die landeseigene Schuldenbremse für die Kommunen Bremen und Bremerhaven will die Linke streichen. Stattdessen sollen Investitionen in die Infrastruktur vorgenommen werden. Ein weiterer Schwerpunkt im linken Wahlprogramm ist die Förderung und Qualifizierung von Menschen mit Schulbildungsdefiziten. In der kommenden Legislaturperiode, so die Forderung der Linken, soll die Bürgerschaft für den Bereich Bildung – ähnlich wie zuletzt für den Klimaschutz – eine Enquetekommission einsetzen.³⁰

Die Wahlkampfstrategie der Linken zielt darauf, sich vom Bundestrend der Partei abzukoppeln und einen eigenen Landeswahlkampf zu führen. Im Unterschied zu den Grünen wird die Arbeit ihrer beiden Senatorinnen im Senat besser bewertet. Außerdem hat die Linke während der Legislaturperiode und im Wahlkampf auf eine Polarisierung verzichtet. Im Gegenteil: Ihre Wirtschaftssenatorin Kristina Vogt hat den Dialog mit der Wirtschaft und der Handelskammer gesucht und sich dadurch den Ruf einer pragmatischen Politikerin erworben. Außerdem setzt sich die Linke von den Grünen ab, indem sie sich als Partei der wirtschaftlichen Vernunft präsentiert.³¹ Als die grüne Parteispitze den Vorstoß unternahm, den Bremer Passagierflughafen zu schließen, veröffentlichte die Linke prompt eine Presse-Erklärung, in der es hieß: „Leider haben die Grünen die Idee, den Bremer Flughafen für den Passagierbetrieb zu schließen, auf ihrer Mitgliederversammlung nicht wirklich abgeräumt, sondern nur vertagt. Wir halten diese Idee für falsch.“³² Klimapolitisch richtig sei hingegen die Förderung einer schrittweisen Reduzierung von Kurzstreckenflügen im Rahmen eines bundesweiten Konzeptes. Auch die Linke will in Zukunft weiter mitregieren.

Die FDP bekennt sich in ihrem Wahlprogramm zum motorisierten Individualverkehr und versteht dies als eine Art Alleinstellungsmerkmal unter den zur Wahl antretenden Parteien.³³ Außerdem setzt sich vor allem für ein leistungsfähigeres Bildungssystem ein. u.a. durch die Wiedereinführung des Sitzenbleibens sowie Benotungen ab Klasse 3. Die FDP fordert außerdem mehr Ganztagschulen und Quartiersbildungszentren. Die Wirtschaft soll durch eine ressortweite Digitalisierung vorangebracht werden. Den schuldenfinanzierten Klima-Krisen-Fonds lehnt die FDP ab. Die Sozialwohnungsquote von 30 Prozent bei Neubauten möchten die Liberalen streichen und die Grunderwerbsteuer beim Kauf einer Immobilie bis zu 500.000 € abschaffen.³⁴ Wie CDU und Bürger in Wut (BIW) setzt die FDP in der Endphase des Wahlkampfes verstärkt auf das Thema Innere Sicherheit und Kriminalität. Durch mehr Polizei, mehr

²⁸ Linke wollen weiter mitregieren. In: Weser-Kurier vom 28. November 2022, S. 11.

²⁹ Ebd.

³⁰ Siehe „Bürgerschaftswahl in Bremen“, Ländersache „Zur Wahl in Bremen“, in: Luxemburg Report 3/2023 (Hrsg. Rosa-Luxemburg-Stiftung).

³¹ Nur mit ihrem offensiven Werben für einen Ausbildungsunterstützungsfonds hat sich die Linke bei Wirtschaft und Handwerk nicht gerade beliebt gemacht.

³² Landesparteitag der LINKEN beschließt Wahlprogramm, 28.11.2022, unter: <https://www.dielinke-bremen.de/politik/presse/presse-detail/landesparteitag-der-linken-beschliesst-wahlprogramm/>.

³³ FDP bekennt sich klar zum Auto. In: Weser-Kurier vom 21. Februar 2023, S. 11.

³⁴ Ebd.

Sicherheitspersonal in Bussen und Bahnen sowie mehr Personal für Ordnungsdienste soll das Sicherheitsgefühl der Bürger*innen gestärkt und der Verwahrlosung des öffentlichen Raumes entgegengetreten werden.³⁵

Das Problem der Wahlkampfstrategie ist nicht nur, dass die Themen der Inneren Sicherheit bereits von der CDU und BIW besetzt sind, sondern dass auch ihr Spitzenkandidat Thore Schäck bisher in Bremen ziemlich unbekannt ist und außerdem zwei Kandidatinnen kurz vor der Wahl ihre Nominierung auf der Liste der FDP zurückgezogen haben. Die Liberalen versuchen zwar, Thore Schäck mit einer großflächigen Wahlplakatkampagne bekannter zu machen, aber ob es ihr gelingt, damit an den Erfolg der Wahlplakatkampagne mit der früheren Spitzenkandidatin Lenke Wischhusen anzuknüpfen, ist eher unwahrscheinlich. Schließlich kommt hinzu, dass die FDP für das Regieren in Bremen weder umworben noch gebraucht wird. Die CDU setzt eher auf eine Große Koalition und die Grünen sowie die Linke auf eine Fortsetzung der Koalition mit der SPD.

Die Wählervereinigung Bürger in Wut (BIW) setzt im Wahlkampf vorrangig auf das Thema Innere Sicherheit und Kriminalitätsbekämpfung. Sie findet dabei viele aktuelle Anknüpfungspunkte, u.a. durch die Drogenkriminalität rund um den Bahnhof und die Berichterstattung über Jugendbanden im ÖPNV. In ihrem Wahlprogramm fordert sie mehr Härte gegen Straftäter, eine „Null-Toleranz-Strategie gegen Rechtsbrecher“ sowie eine Aufstockung der Vollzugsbeamten auf 3000 in Bremen und 550 in Bremerhaven. Jugendliche Intensivstraftäter will BIW in geschlossenen Heimen unterbringen.³⁶ Außer beim Thema Innere Sicherheit versucht die Wählervereinigung, sich als Anwalt der Autofahrer*innen zu profilieren. Sie kritisiert den „unsinnigen Verkehrsversuch“ der grünen Umwelt- und Verkehrssenatorin in der Martinistraße und will diese wieder vierspurig ausbauen. Außerdem will BIW in der Bildungspolitik zurück zum gegliederten Schulsystem einschließlich von Förderschulen.³⁷

Die Wahlkampfstrategie von BIW zielt darauf ab, zum ersten Mal nicht nur im Wahlbereich Bremerhaven, sondern auch im Wahlbereich Bremen die Fünfprozenthürde zu überspringen und in Fraktionsstärke in die Bürgerschaft einzuziehen. Tatsächlich sind die Voraussetzungen für ein Gelingen dieser Strategie bei dieser Bürgerschaftswahl besser denn je zuvor. Vor allem die Tatsache, dass die AfD vom Landeswahlausschuss von der Wahl ausgeschlossen wurde, dürfte dazu führen, dass ein Teil der AfD-Wählerschaft zu BIW wechselt, die eine ähnliche rechtspopulistische Agenda wie die AfD hat. Hinzu kommt, dass BIW in diesem Wahlkampf zum ersten Mal durch eine Assoziation mit der auf Bundesebene neu gegründeten Partei „Bündnis Deutschland“ (mit der sie nach der Wahl fusionieren will) eingegangen ist und von Bündnis Deutschland großzügig mit finanziellen Ressourcen unterstützt wird, um einen flächendeckenden Wahlkampf im ganzen Bundesland zu führen.³⁸

Sonstige Parteien: Zur Bürgerschaftswahl tritt eine Reihe von Kleinstparteien an, darunter die Tierschutzpartei, die Partei für schulmedizinische Verjüngungsforschung, Mera25, MLPD, ÖDP, die Piraten, Bündnis Grundeinkommen, die Partei für Arbeit, Rechtsstaat, Tierschutz,

³⁵ Hauptbahnhof ist auch Thema in Berlin. In: Weser-Kurier vom 28. März 2023, S. 7..

³⁶ Mehr Härte gegen Straftäter gefordert. In: Weser-Kurier vom 17. März 2023, S. 9.

³⁷ Ebd.

³⁸ Rechts, aber nicht extrem. In: Weser-Kurier vom 30. Dezember 2022, S. 11.

Elitenförderung und basisdemokratische Initiative oder Volt an. Keine von ihnen hat jedoch Aussichten, in die nächste Bürgerschaft einzuziehen.